

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 8. April 1964

Blatt 738

"Gemeinwirtschaft in der demokratischen Gesellschaftsordnung"

2. Tag

8. April (RK) Das von der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft im Stadtsenatssaal veranstaltete Kolloquium "Gemeinwirtschaft in der demokratischen Gesellschaftsordnung", das gestern nachmittag begann, wurde heute vormittag fortgesetzt, und zwar mit den Referaten von Univ.-Prof. Paul Lambert, Professor für Nationalökonomie an der Universität Lüttich, über "Die Wahrnehmung der Konsumenteninteressen in der Gemeinwirtschaft", und von Dr. Eduard März, dem Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien, über "Wirtschaftsplanung im Westen - Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen". Im folgenden bringen wir Auszüge aus den beiden Vorträgen:

Die Wahrnehmung der Konsumenteninteressen in der Gemeinwirtschaft

Zum Schutze des Konsumenten fällt dem Staate laut Univ.-Prof. Paul Lambert eine bestimmte Aufgabe zu: die gesetzliche Verfolgung des Betrugs, des Unterschleifs, der unlauteren Werbung und des Amtsmißbrauchs im Wirtschaftssektor.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß die Gerichte nur imstande sind, den ärgsten Mißbrauch abzustellen, während der Bestand mächtiger genossenschaftlicher Unternehmungen auf dem Markt, die sich auf eine weitverbreitete Presse stützen können, den Markt zu einer beständigen Ordnung führt, sowohl was die Preisbildung betrifft als auch die Qualität. Man kann behaupten: je mächtiger die freiwilligen Vereinigungen werden, desto seltener wird das Einschreiten des Staates nötig.

Andererseits liegt es auf der Hand, daß der Staat versucht sein könnte, seine Befugnisse auszudehnen, die Probleme nur von der Seite

./.

der Erzeugung aus zu betrachten. Bestimmt zum Beispiel der Staat die Erzeugungsgüter, ohne sich über die Wünsche des Konsumenten zu unterrichten, so unterdrückt er dessen Möglichkeit der freien Wahl. Der Staat könnte auch versucht sein, die Investitionsbestrebungen so weit zu treiben, daß zur Verfügung der Konsumenten nur ein unbedeutender Teil des Nationalprodukts verbleibt. Sogar gewisse Tendenzen zur Unentgeltlichkeit dank der Stützungsaktionen des Staates bergen die Gefahr, daß an die Stelle der Freiheit der Wahl des Konsumenten eine rein verwaltungsmäßige Verteilung der Güter und der Dienstleistungen tritt.

Die oben angegebenen Tendenzen aber sind nur innerhalb von Ländern mit autoritärer Planung denkbar. Zusammenfassend zeigt es sich ganz klar, daß der Konsument nur durch die Gemeinwirtschaft geschützt und gesichert werden kann.

Sind die Behörden den demokratischen Prinzipien entsprechend organisiert, so kämpfen sie gegen die Mißbräuche, denen der Konsument zum Opfer fallen kann. Die nicht mit Gewinn arbeitenden öffentlichen Unternehmungen sind mächtige Stützen des Konsumenten, insbesondere auch zur Brechung der kapitalistischen Monopole auf dem Markt. An dieser Stelle wäre vielleicht auf den Fehler hinzuweisen, der in Deutschland bei der Entstaatlichung der Volkswagen-Werke begangen wurde; dieses Unternehmen hätte den gesamten Markt der Kraftfahrzeuge zum Nutzen der Konsumenten regulieren können.

Schließlich ist die Bewegung der Konsumgenossenschaften - die Vereinigung der Konsumenten - in ihrem Wesen Vertreter, Erzieher und Bewacher der Konsumenten. Der Staat aber, die Bezirks- und Ortsbehörden, die öffentlichen Unternehmen, das Genossenschaftswesen, alle diese Einrichtungen bilden zusammen die Gemeinwirtschaft.

Wirtschaftsplanung im Westen - Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen

Dr. Eduard März stellte in seinem Vortrag fest: In der Nachkriegszeit hat die westliche Welt versucht, eine Synthese zwischen Markt- und Planwirtschaft zu finden. Zwei Faktoren dürften für diese Entwicklung entscheidend sein, nämlich der Wettbewerb mit dem Kommunismus und die großen sozio-ökonomischen Wandlungsprozesse, die in Westeuropa und in Nordamerika zu beobachten sind.

Die sozio-ökonomischen Veränderungen stehen im Zeichen dreier wichtiger Erscheinungen: Erstens der Erweiterung des gemeinwirtschaftlichen Sektors durch die Verstaatlichung des Energiewesens, der Grundstoffindustrie und der teilweisen Nationalisierung der Banken sowie der Finalgüterindustrie; zweitens der erhöhten wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates, die sich in einer stärkeren Expansion des öffentlichen Budgets manifestiert, und zwar in der Weise, daß der Staat einen stetig wachsenden Prozentteil des Volkseinkommens an sich zieht und verausgabt; und drittens gewisser neuer Aspekte des schon seit Jahrzehnten vor sich gehenden Konzentrations- und Zentralisierungsprozesses des westeuropäischen Kapitals.

Die Methoden der Verwendung der staatlichen Mittel zum Zwecke der Sicherung der Vollbeschäftigung sind unter dem Begriff der "antizyklischen Budgetpolitik" ein integrierender Bestandteil der westlichen Wirtschaftspolitik geworden. Sieht man von Frankreich, Holland und möglicherweise auch von Schweden und Norwegen ab, so hat die Erkenntnis, daß der neue Zweig der Gemeinwirtschaft und die moderne Budgetpolitik auch in den Dienst der Wachstumspolitik gestellt werden könnte, in Westeuropa erst in jüngster Zeit Wurzeln zu schlagen begonnen. Durch die Zeitumstände begünstigt, sind die westeuropäischen Völker in den Besitz von planwirtschaftlichen Instrumenten gekommen, deren Einsatz eine stürmische Entfaltung der Produktivkräfte hervorrufen könnte. Die unheilige Dreifaltigkeit von Konservatismus, Konvention und Ignoranz haben jedoch eine grundlegende Umwälzung des westeuropäischen Wirtschaftsstils bis zum heutigen Tag verhindert.

Wie auch immer die einzelnen Modelle der Programmierung beschaffen sein mögen, ihre Grundidee besteht darin, daß der Staat die gesamte Investitionstätigkeit im Sinne einer nach rationalen Gesichtspunkten erstellten Prioritätsskala zu lenken versucht. Auf diese Weise wird ein Erwartungsrahmen geschaffen, der es dem einzelnen Unternehmen erleichtert, einen rationalen, das heißt mit der zukünftigen Entwicklung voraussichtlich harmonisierenden individuellen Entwicklungsplan zu entwerfen. Man kann in diesem Sinne mit Pierre Massé, dem Leiter des französischen Programmierungsbüros, sagen, daß Programmierung nichts anderes ist als Marktforschung auf volkswirtschaftlicher Ebene.

Die Fragen der Wirtschaftsprogrammierung gewinnen angesichts der allmählich anlaufenden "zweiten industriellen Revolution" brennende Aktualität. In einem Schreiben an den amerikanischen Präsidenten haben Gunnar Myrdal und andere bekannte Wissenschaftler auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen. In dem Schreiben heißt es, daß die USA und andere Länder der Welt durch Maschinensysteme, die nur wenige Menschen zur Bedienung erfordern, bald in eine "Revolution durch unbeschränkte Produktion" geraten werden. Es müsse eine Aktion unternommen werden, das Einkommen aller Menschen zu sichern. Durch die jetzige Entwicklung seien Erhöhung der Arbeitslosigkeit und verstärkte Armut vorauszusehen, wenn nicht neue Methoden der Güterverteilung gefunden werden.

Wird die Planung westlicher Prägung diesen großen Aufgaben gewachsen sein? Die heute für die "Planification indicative" Frankreichs charakteristische Orientierung - mit ihrem Übergewicht der Manager und der hohen staatlichen Bürokratie - gibt leider keinen Anlaß zu übergroßem Optimismus. Es ist unerläßlich, der Arbeiterschaft ein weitaus größeres Gewicht zu geben als sie es in der französischen Planwirtschaft hat. So paradox dies für manche Ohren klingen mag, erfolgreiches Planen setzt starke Arbeitnehmerorganisationen voraus, die in der Lage sind, die Zunahme der Produktivität in die bare Münze der Kaufkraftserhöhung umzusetzen. Da die Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch in der planwirtschaftlich orientierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung fortbestehen, kann der entscheidende Einfluß im Sinne einer Planung für den Überfluß nur von mächtigen Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerorganisationen ausgehen. Die westliche Planung wird der Herausforderung der zweiten industriellen Revolution nur dann gewachsen sein, wenn das Versprechen der Mitverantwortung und Mitbestimmung der großen Massen des arbeitenden Volkes zur Realität geworden ist.

+

Mit einer allgemeinen Diskussion unter der Leitung von Dr. Helmut Zilk fand das Kolloquium heute mittag seinen Abschluß.

- - -

40jähriges Dienstjubiläum
=====

8. April (RK) Bürgermeister Jonas beglückwünschte heute früh im Roten Salon des Wiener Rathauses 22 Gemeindebedienstete zu ihrem 40jährigen Dienstjubiläum. Unter ihnen befindet sich sogar ein Beamter, der sein 50jähriges Dienstjubiläum feiert, nämlich Oberamtsrat Ullmann von den Wiener Verkehrsbetrieben. Zu der kleinen Feierstunde hatten sich mit dem Bürgermeister die Stadträte Bauer, Bock, Schwaiger und Sigmund eingefunden. Nach einleitenden Worten der Stadträte Bock und Schwaiger und von Gemeinderat Weisz, der im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach, gratulierte Bürgermeister Jonas den Beamten zu ihrem Jubiläum und dankte ihnen für ihre treuen Dienste.

- - -

Michael Mayr zum Gedenken
=====

8. April (RK) Auf den 10. April fällt der 100. Geburtstag des Historikers Univ.-Prof. Dr. Michael Mayr.

Er wurde in Adlwang, Oberösterreich, geboren und studierte an der Wiener Universität Geschichte. 1892 kam er an das Statthaltereii-Archiv in Innsbruck, wurde 1896 Archivdirektor und 1900 Professor der Innsbrucker Universität. 1907 erfolgte seine Wahl zum Reichsratsabgeordneten. 1918 war er Staatssekretär für Verfassungs- und Verwaltungsreform. Michael Mayr wurde 1920 nach Dr. Renner Bundeskanzler. Am 21. Mai 1922 ist er in Waldneukirchen gestorben. Von besonderem Interesse für Wien ist sein erstes Werk "Wolfgang Lazius als Geschichtsschreiber Österreichs". Er verfaßte auch Schriften zur Geschichte Tirols und war Mitarbeiter zahlreicher historischer Zeitschriften. Von 1903 bis 1920 gab er die "Forschungen und Mitteilungen zur Geschichte Tirols und Vorarlbergs" heraus.

- - -

Die Beste tippte 4.495 Anschläge
 =====

17. Stenografie- und Maschinschreibwettbewerb der Gemeindebediensteten

8. April (RK) Zum 17. mal wurde heuer ein Stenografie- und Maschinschreibwettbewerb von der Arbeitsgemeinschaft "Stenografie" mit Unterstützung des Bildungsreferates der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Stadtverwaltung durchgeführt. Es wurden insgesamt 981 Arbeiten abgegeben, davon werden neun mit Remunerationen der Stadtverwaltung (fünf Hoheitsverwaltung und vier Stadtwerke) ausgezeichnet. Zehn Teilnehmer erhalten Geldpreise der Gewerkschaft (je 100 Schilling). 41 weitere werden mit wertvollen Büchern, die vom Bildungsreferat zur Verfügung gestellt wurden, prämiert. 302 Diplome wurden für ausgezeichnete, sehr gute und gute Leistungen ausgestellt.

Die beste Leistung im Maschinschreiben erzielte Hilde Etzmannedorfer vom Köntrollamt der Stadt Wien mit 4.495 Reinansschlägen bei einer 10-Minuten-Abschrift eines unbekanntes Textes. Die Geschwindigkeit von 130 Silben je Minute bei einer Ansage in die Maschine in der Dauer von drei Minuten, die von Hedwig Krbecek von der Magistratsabteilung 17, Allgemeines Krankenhaus, geschrieben wurde, verdient besonders hervorgehoben zu werden, da diese Leistung in den letzten Jahren bei den Wettbewerben nicht erreicht wurde.

In Stenografie wurde bei 200 Silben eine ausgezeichnete Arbeit von Ilona Moc, Pressestelle der Stadt Wien, abgegeben, die auch mit ihrer Leistung im Maschinschreiben in der Spitzengruppe aufscheint. Hohe Leistungen in beiden Disziplinen weist auch noch Paula Kettner von den Gaswerken auf.

Bei einer Feierstunde berichtete heute nachmittag im Gewerkschaftshaus in der Maria Theresien-Straße der Leiter der Arbeitsgemeinschaft, Baumgartner, über den Verlauf des Wettbewerbes. Personalstadtrat Bock und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Gemeinderat Weisz überreichten die Preise.

Buchpreise für gute Aufsätze

Gleichzeitig wurden auch die 15 besten Aufsätze eines Wettbewerbes von der Gewerkschaft mit Büchern prämiert. An diesem Wettbewerb haben mehr als 300 junge Gemeindebedienstete teilgenommen. Sie schilderten ihre Eindrücke von einer Rundfahrt durch das Neue Wien, zu der sie vom Personalstadtrat eingeladen worden waren.

Vizebürgermeister Mandl fährt nach Helsinki
=====

8. April (RK) Morgen nachmittag um 15.45 Uhr wird Vizebürgermeister Mandl vom Flughafen Wien aus nach Helsinki fliegen. Der Wiener Vizebürgermeister wird am Freitag, dem 10. April in der finnischen Hauptstadt die offizielle Wien-Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" eröffnen. Montag, den 13. April wird der Wiener Vizebürgermeister wieder nach Wien zurückkehren.

- - -